

**AGW Frühjahrstagung
19.04.2007 in Brüssel**



Bericht aus Berlin

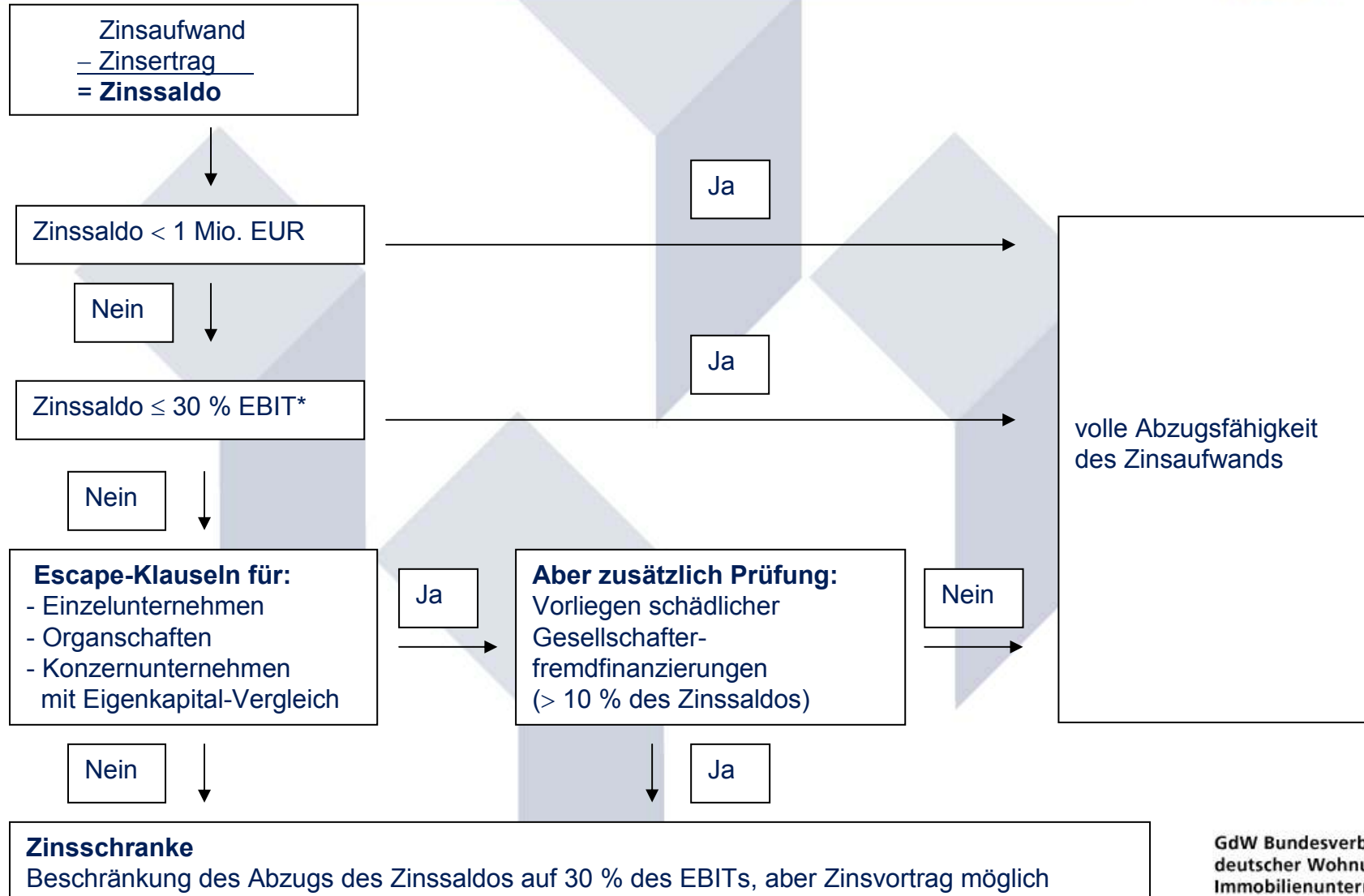
**Lutz Freitag
Präsident des GdW
Bundesverband deutscher Wohnungs-
und Immobilienunternehmen**

GdW Bundesverband
deutscher Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

Die für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft wesentlichsten Änderungen im Bereich der Reform der Unternehmensbesteuerung zum 01.01.2008 sind:

- Absenkung des **KSt-Satzes** von 25 % auf 15 %
- Einführung der **Zinsschrankenregelung**, d. h. Beschränkung des Betriebsausgabenabzugs von Zinsaufwendungen bei der KSt
- Ersatz der 50 %igen Hinzurechnung der sog. Dauerschuldentgelte bei der **GewSt** durch **25 %ige Hinzurechnung** aller Zinsaufwendungen und der Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten und Leasingraten
- **Untergang der Verlustvorträge** in KSt und GewSt bei Anteilsübertragungen in bestimmtem Umfang

Funktionsweise der Zinsschranke



* Jahresergebnis vor Abzug des Zinsaufwands

Escape-Klausel bei Konzernunternehmen – Eigenkapital-Vergleich



- Vergleich der Eigenkapitalquote des einzelnen Konzernunternehmens (ggf. des Teilkonzerns) mit der Eigenkapitalquote des Gesamtkonzerns
 - Grundlage: IFRS-Abschlüsse bzw. HGB-Abschlüsse, wenn IFRS-Abschlüsse nicht vorliegen
- Eigenkapitalquote des einzelnen Konzernunternehmens darf die EK-Quote des Gesamtkonzerns nicht unterschreiten
 - Bagatellgrenze in Höhe von 1 %
- Folge:
Für alle Konzernunternehmen, die eine niedrigere Eigenkapitalquote als der Gesamtkonzern haben, gilt die Zinsschranke

Forderungen im Hinblick auf Zinsschranke



- **Forderung bei Freigrenze:**
 - Orientierung am Bilanzvolumen
- **Forderung bei Konzernbegriff:**
 - Nur solche verbundenen Unternehmen als Konzern i. S. d. Zinsschranke werten, die nach derzeitigem Recht einen Konzernabschluss aufstellen müssen bzw. in einem Konzernabschluss einbezogen werden müssen, ansonsten Behandlung als Einzelunternehmen
 - 5 %-Punkte Differenz der EK-Quoten muss unschädlich sein (nicht 1 %-Punkt)
- **Forderung bei schädlichen Gesellschafterfremdfinanzierungen**
 - Ausnahmeregelung für **kommunalverbürgte Darlehen:** (z. B. für wohnungswirtschaftliche Altschulden in den neuen Ländern)
 - Ausnahmeregelung für **öffentliche Wohnungsbauförderdarlehen** (Verweis auf Tz. 100 des BMF-Schreibens vom 15.12.1994 und Aufnahme weiterer Förderdarlehen, z. B. KfW-Darlehen)

- **Forderung bezüglich Untergang der Verlustvorträge in KSt und GewSt bei Anteilsübertragungen in bestimmtem Umfang:**
 - **Ablehnung** der vorgesehenen Regelung, insbesondere wenn dadurch keine Änderungen im Hinblick auf Geschäftstätigkeit bzw. Geschäftsumfang des Unternehmens erfolgen

- **Forderung bezüglich 25%iger Hinzurechnung der Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten, Leasingraten bei der GewSt:**
 - **Absenkung** des vorgesehenen Finanzierungsanteils (75 %) bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern (Immobilien)

Kabinettsbeschluss am 14.03.2007



- **Was konnte bereits erreicht werden?**
 - Im Bereich der schädlichen Gesellschafterfremdfinanzierungen:
 - Klarstellung für Konzernunternehmen
 - Prüfwusage des BMF im Hinblick auf Ausnahmeregelung für kommunalverbürgte Darlehen und öffentliche Wohnungsbauförderdarlehen
- **Wie geht es weiter?**
 - Öffentliche Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages am 25.04.2007
 - GdW als Sachverständiger geladen, Stellungnahme
 - Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens bis zum 06.07.2007
 - Inkrafttreten der Unternehmensteuerreform zum 01.01.2008
 - Inkrafttreten der Abgeltungsteuer zum 01.01.2009

GdW Bundesverband
deutscher Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

- Gesetzentwurf des REIT-Gesetzes vom 03.11.2006
 - Herausnahme der Wohnimmobilien
- Öffentliche Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages am 28.02.2007
 - Teilnahme des GdW als Sachverständiger und Stellungnahme vom 21.02.2007
 - **Forderung:** Schaffung von Rahmenbedingungen für die nachhaltige Bewirtschaftung der Bestände durch ausreichende Möglichkeiten der Innenfinanzierung
 - Zulassung einer zweckgebundenen Rücklage für nachhaltige Bestandserhaltung
 - Ablehnung der Möglichkeit der Hinzurechnung der Abschreibungsbeträge zum Ausschüttungsvolumen
- Verabschiedung BT am 23.03.2007 und Zustimmung BR am 30.03.2007
- Inkrafttreten rückwirkend zum 01.01.2007

Abgeltungsteuer § 38 KStG



- Referentenentwurf des REIT-Gesetzes vom 25.09.2006
 - Vorschlag für pauschale Abgeltungsteuer in Höhe von 3/40 (7,5%)
- Gesetzentwurf des REIT-Gesetzes vom 03.11.2006
 - Streichung des Vorschlags für pauschale Abgeltungsteuer
- **Forderung des GdW:** Pauschale Abgeltungsteuer unabhängig von REIT-Gesetzgebung regeln
 - Abgeltungssteuersatz max. 1/50 (2%) (IDWR-Vorschlag: 1% – aber Ablehnung BMF)
 - Ausgestaltung als Optionsmöglichkeit mit einer Frist zur Ausübung der Option von mind. 2 Jahren
- BMF signalisiert Gesprächsbereitschaft
 - GdW-Initiative April 2007: Vorschlag für pauschale Abgeltungsteuer

§ 35 a EStG (1)

- Geänderte Verwaltungsauffassung ermöglicht Inanspruchnahme auch durch **Mieter**
 - Betriebskostenabrechnung
 - Beträge für haushaltnahe Dienstleistungen oder Handwerkerleistungen

- **Ad-hoc-Kommission beim GdW**
 - Vertreter der FA Rechtsfragen, Steuern, Betriebswirtschaft, Multimedia sowie von wohnungswirtschaftlichen EDV-Dienstleistern und der ARGE Heiz- und Wasserkostenverteilung e.V.
 - GdW-Empfehlungen zum Umgang von Wohnungsunternehmen mit § 35 a EStG vom 20.12.2006
 - FA Rechtsfragen erarbeitet Vorschlag zur Berücksichtigung im Rahmen der BK-Abrechnung ab 2007

§ 35 a EStG (2)

- Schreiben der BSI an das BMF vom 22.02.2007 mit **Lösungsvorschlägen** zur praxisgerechten Umsetzung:
 - **Zulassung von Pauschalen** für begünstigte Lohnanteile bei solchen BK-Positionen, in denen typischerweise haushaltsnahe Dienstleistungen enthalten sind:
 - Kosten der Gartenpflege: 80 %
 - Winterdienst, soweit dieser gesondert beauftragt wird und nicht in den öffentlich-rechtlichen Straßenreinigungsgebühren enthalten ist: 90 %
 - Kosten des Hauswarts und der Gebäudereinigung: 100 %
 - Zulassung der steuerlichen Berücksichtigung der BK-Abrechnung im Jahr ihres Zugangs (d. h. kein Abstellen auf BK-Vorauszahlungen)

Konzentration auf dem Kabelmarkt



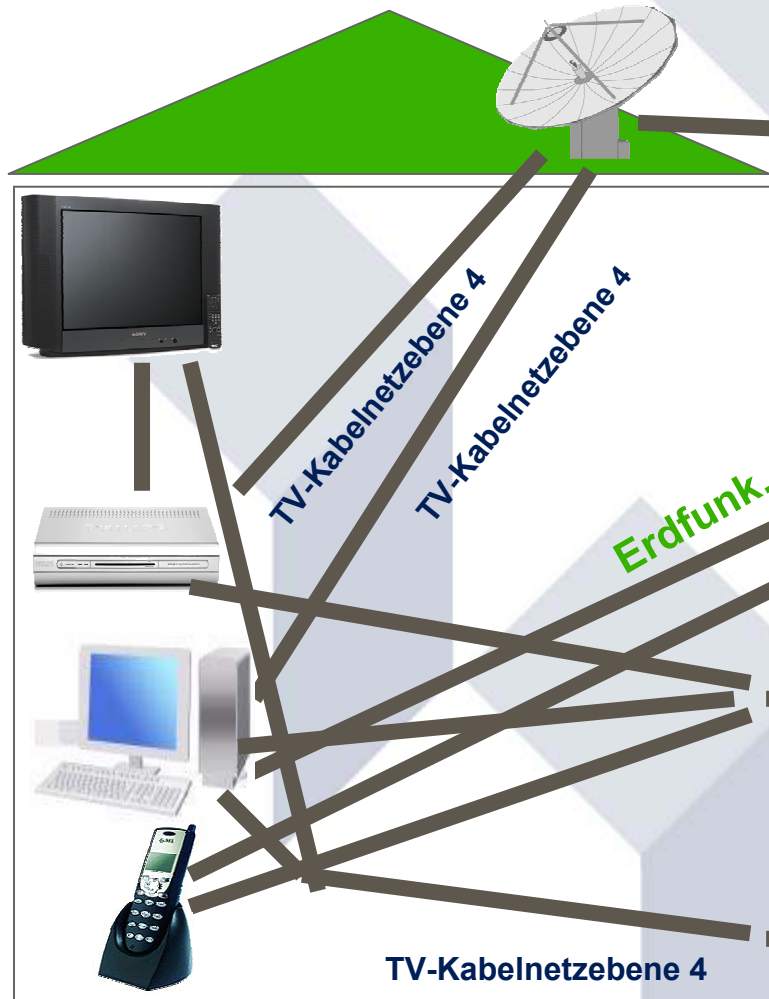
- **2004:** ewt übernimmt Bosch Breitbandnetze GmbH
- **2005:**
 - iesy übernimmt ish, danach Fusion mit Tele Columbus unter Dach Unity Media GmbH (inkl. arena) – Apollo 31 %, Finakabel Holding Limited 39 %
 - ewt-Eigentümerfamilie Stritzl verkauft Mehrheit an Orion Cable GmbH = Tochter der Escaline Sarl (Stritzl, ABN AMRO, Hardt Group, Aletheia Partn.)
- **2006:**
 - Schwedische EQT erwirbt Kabel BW u. a. von Blackstone (jetzt Telekom)
 - Kabel BW übernimmt Tele Columbus in Baden-Württemberg
 - Orion Cable erwirbt 26,7 % an Primacom von Liberty Global und Tele Columbus (außer Hessen, NRW, Baden-Württemberg) von Unity Media
- **2007:**
 - Kooperation/Beteiligung Premiere und arena (Unity Media), damit ist Unity Media größter Einzelaktionär bei Premiere.
 - Eigentümerwechsel Unity Media?
Eigentümerwechsel KDG?

Prüfung der Strategien gegenüber Kabelnetzbetreibern und anderen Signallieferanten sowie Multimedia Diensteanbietern



- Folgen für die Wohnungswirtschaft
 - Potenzieller Verlust bisheriger Geschäftsbeziehungen
 - Verminderter Preis- und Qualitätswettbewerb durch Integration
 - Erste sichtbare Konsequenzen: z. B. Preiserhöhungen Unity Media für Großabnehmer und Preiserhöhung KDG für einzelne Direktkunden, geringe Wahlfreiheit bei Ausschreibungen
- Strategische Konsequenzen
 - Die noch vorhandenen Alternativen auf den Netzebenen 3 und 4 stets zu Angeboten auffordern
 - Der Wohnungswirtschaft „nahe stehende“ Institutionen beachten (z. B. ImmoMediaNet, WTC, Netzpool Berlin)
 - Alternativen gegenüber einer Telekom-Nachfolgegesellschaft prüfen
 - Mittelfristig auch Alternativen außerhalb einer ausschließlichen Signalversorgung durch Kabelnetzbetreiber in Betracht ziehen.

Potenzielle Partner der Wohnungswirtschaft für TV, Internet und Telefonie (Triple Play)



Kopfstellen-Betreiber:
Wohnungsunternehmen oder
Tele Columbus, AKF, WTC, ...

2



ASTRA
(Entavio),
Eutelsat

Satellitenfunk

Deutsche Breitbanddienste,
Clearwire Europe S.á.r.l.,
Inquam Broadband GmbH
- nur Internet und Telefonie -

3



Erdfunk, WiMax

Telefonleitung
(IP-TV: DSL, VDSL, ADSL 2+)

4

Deutsche Telekom,
HanseNet (Alice),
Arcor, ...

TV-Kabelnetzebene 3

Kabel Deutschland,
Unity Media, KBW

1

NE 4-Betreiber:
Wohnungsunternehmen oder
Tele Columbus, AKF, WTC, ...

GdW Bundesverband
deutscher Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

Vergleich der Infrastrukturen

Infrastruktur	geeignet für Triple Play	Bewertung
TV-Kabelnetze ①	Ja, bei ausgebauten Netzen + aktivem Rückkanal	<ul style="list-style-type: none"> Zahl der Alternativen sinkt, NE 3-Unternehmen will NE 4 ausschalten (-) Erprobte Technik, Geschäftsmodelle, Benchmarks durch KDG-Eckwerte (++)
Satelliten-Kopfstationen ②	<ul style="list-style-type: none"> Ja, bei ausgebauten Netzen Rückkanal muss über Funk, City-Carrier oder zusätzliche Schüssel geschaffen werden 	<ul style="list-style-type: none"> Sinkende Hardwarekosten (+) Erprobte Technik, Geschäftsmodelle, gewerbliche NE 4 bietet Triple Play (++) Unsicherheitsfaktor: Verschlüsselung (0) Eutelsat hat strategische Bedeutung (+)
Erdfunk-WiMax ③	<ul style="list-style-type: none"> Nein, nur für Internet und Telefonie als add-on 	<ul style="list-style-type: none"> Gut, wenn für bestehende Netze keine Rückkanal-Dienste geplant sind (+) Problematisch bei bestehenden Kabel-Exklusivregelungen für Triple Play (-)
Telefonnetz – IP-TV ④	<ul style="list-style-type: none"> Ja, in einigen DSL-Regionen Plan Telekom: 5 weitere Städte per VDSL (gesamt 17), 750 Städte per ADSL 2+ (16 Mbit/s) Alice: DSL, ab 4 Mbit/s 	<ul style="list-style-type: none"> Mittelfristig sehr interessante Option (++) Derzeit nur als Bündelangebot verfügbar, teilweise für einen allg. Versorgungsvertrag mit Mietern (noch) zu teuer (-). Telefondosen oft nicht in TV-Nähe (0) Negativ bei bestehenden TV-Exklusivverträgen (-)
DVB-T	Nein, mittelfristig nur für TV und Radio	<ul style="list-style-type: none"> Künftige Beteiligung Privater unsicher(--) Verschlüsselung ist geplant. (0)

Einbeziehung des „Wohnens“ in die Riester- Förderung



- Keine Einigung innerhalb der Koalition bisher - Gesetz sollte laut Koalitionsvertrag zum 01.01.2007 in Kraft treten.
- BSI hat am 17.01.2007 u. a. gefordert, dass die Riester-Förderung für die Immobilie nicht auf die lange Bank geschoben werden darf.
- KaNaPE- vs. SoFa-Modell
- Wohnungsbauprämie
- Nächste Befassung in den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD erst für Ende April 2007 vorgesehen.

- EnEV liegt zur Zeit zur rechtsförmlichen Prüfung bei BMJ (d.h. inhaltliche Diskussion in den Ministerien beendet)
- Kabinettsbeschluss wird möglicherweise noch im April erfolgen
- Letzte Einflussmöglichkeit über die Bundesländer in Vorbereitung der Bundesratszustimmung:
 - alle Bekanntmachungen des BMVBS zur EnEV müssen vorliegen,
 - eine statt drei Abrechnungsperioden für Verbrauchsausweise,
 - Unterschreibung der Energieausweise in Textform alternativ zur persönlichen Unterschrift ermöglichen,
 - Wohnfläche als Bezugsfläche für Verbrauchsausweise,
 - Übergangsvorschriften verlängern, so dass mindestens 12 Monate Frist vom Erscheinen des Kabinettsbeschlusses bis zur Verpflichtung zur Erstellung von Energieausweisen bestehen.

Stellungnahme des GdW für die AG III des Energiegipfels



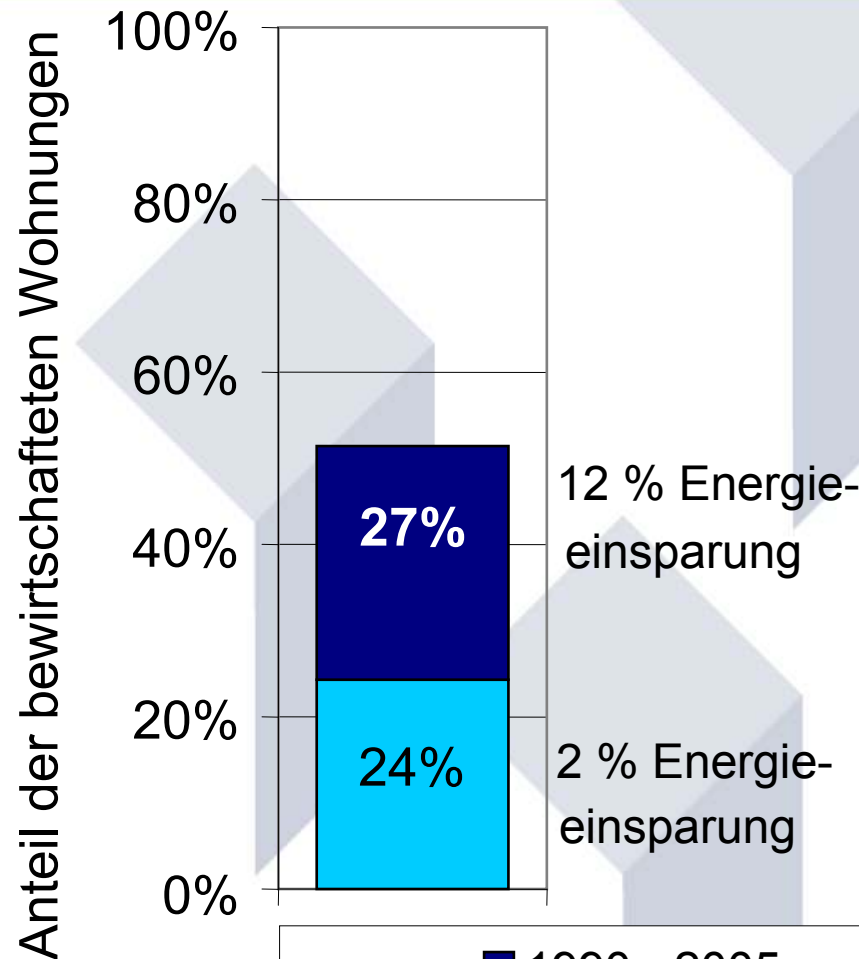
- Schriftliche Stellungnahme des GdW zur AG III des Energiegipfels

Stand und Perspektiven

der energetischen Gebäudesanierung bei Wohnungsunternehmen

- Erreichter Stand der energetischen Gebäudesanierung bei Wohnungsunternehmen
- Perspektiven der energetischen Gebäudesanierung bei Wohnungsunternehmen
- Wege zur Erschließung der Potenziale

Modernisierung der bewirtschafteten Wohnungen und Energieeinsparung 1990 bis 2005



Kyotoziel: von 1990 bis 2012
21% Verminderung der Treibhausgase
(CO₂, CH₄, N₂O, HFKW, FKW, SF₆)

darin Sektorziel Gewerbe/ Handel /
Dienstleistungen, Verkehr, Haushalte:
12% CO₂-Minderung

erreichte Energieeinsparung
von 1990 bis 2005: 14 %,
das entspricht in erster Näherung
14% CO₂ -Minderung

- 1990 - 2005 energetisch vollständig modernisiert
- 1990 - 2005 energetisch teilmodernisiert

Frühzeitige Aktivitäten zum Thema Energie



- Ad-hoc Arbeitsgruppe „Aktionsstrategie Energie“ unter dem Vorsitz von Herrn Burkardt
- GdW/BBU-Forum Energie 20./21. März 2006 in Berlin „Handlungsoptionen für den Gebäudebestand bei Energieversorgung, Energieeffizienz und Innovation“
- Entschließung des GdW-Verbandstag 2006: „Sichere und effiziente Energieversorgung zu tragbaren Kosten“

GdW / BBU- Forum Energie am 21.03.2006



Pressereaktionen auf GdW-Pressekonferenz am 05.07.2006 und weitere Pressemeldung vom 21.11.2006 zur Erreichung der Kyoto-Ziele bereits 2005



„Wohnungsbau erweist sich als Klimaretter“
(Märkische Allgemeine, 06.07.2006)

„GdW will Energiekosten senken“
(Dithmarscher Landeszeitung, 25.11.2006)

„Bürokratie verhindert Energiesparen“
(Flensburger Tageblatt, 25.11.2006)

„GdW-Wohnungsunternehmen wollen Energiekosten der Mieter drücken“
(dpa, 21.11.2006)

„Soziale Energiesparmeister“
(Immobilienzeitung, 30.11.2006)

**GdW Bundesverband
deutscher Wohnungs- und
Immobilienunternehmen**

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft



- Informelles Ministertreffen am 24.05.2007 in Leipzig, Verabschiedung einer „Leipzig-Charta“:
 1. Integrierte Stadtentwicklungspolitik als Instrument der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie stärker zu nutzen
 2. Besondere Aufmerksamkeit den benachteiligten Stadtquartieren zu widmen, mit den Themen:
 - städtebauliche Aufwertungsstrategien,
 - lokale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik,
 - aktive Jugend- und Bildungspolitik

Leipzig-Charta

Dritter offizieller Entwurf vom 06.03.2007



„36. Zwischen wirtschaftlicher Aktivität und Investitionen einerseits und qualitativ hochwertigen städtebaulichen Strukturen, einer intakten gebauten Umwelt und einer modernen und leistungsstarken Infrastruktur andererseits besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. Aus diesem Grund ist es notwendig, den Gebäudebestand in benachteiligten Stadtquartieren gestalterisch, baulich und im Hinblick auf eine größere Energieeffizienz zu verbessern.“

Leipzig-Charta

Dritter offizieller Entwurf vom 06.03.2007



„Das größte Potential für eine Steigerung der Energieeffizienz innerhalb der EU und somit für den Klimaschutz liegt in höheren Anforderungen an neue Wohngebäude sowie an bereits bestehenden Fertigbauten*. Eine hochwertige Qualität von Architektur, Städtebau und öffentlichen Räumen, sowie gesunder und bezahlbarer Wohnraum können die Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil stärken und damit dessen Attraktivität und Anziehungskraft sowohl für junge als auch für ältere Menschen erhöhen.“

* gemeint sind Plattenbaubestände

GdW Bundesverband
deutscher Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

- GdW fordert eine politische Priorität für die Stadtentwicklung auf europäischer und nationaler Ebene.
- Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007 muss Zeichen setzen für Stadtentwicklung.
- Der bisherige Verlauf des Stadtumbaus in Ost- und Westdeutschland ist ein Erfolg und kann als Beispiel auch für andere Regionen in Europa dienen.
- Fortführung der Stadtumbauprogramme über 2009 hinaus.

Evaluierung des Bund-Länder-Programms „Stadtumbau Ost“



- Ziele:
 - Programm in seinem bisherigen Wirken zu analysieren
 - Optimierung des noch bis 2009 laufenden Programms
 - Handlungsempfehlungen für Fortführung des Programms nach 2009 (einschließlich Prüfung einer möglichen Zusammenführung der Programme Stadtumbau Ost und West)
- Lenkungsgruppe – zur qualifizierten Begleitung der Evaluierung
 - 26 Mitglieder (Vertreter: BMVBS, BBR, neue Länder, Kommunen, Wohnungsunternehmen, GdW, Infrastrukturbetreiber, KfW, DMB, Wissenschaft und Haus & Grund)
 - Konstituierende Sitzung am 02.11.2006

Evaluierung des Bund-Länder-Programms „Stadtumbau Ost“



- Weiterer zeitlicher Ablauf
 - Juni 2007 – Zwischenbericht
 - Februar 2008 – vorläufiger Endbericht
 - Mai 2008 – Handlungsempfehlungen zur Fortführung des Stadtumbaus durch Lenkungsgruppe

Aktivitäten des GdW im Rahmen der Begleitforschung der Evaluierung



- Treffen des Arbeitskreises Stadtentwicklung der BSI am 20.02.2007 im GdW (Austausch zu kontroversen Positionen von Haus & Grund; Abstimmung des weiteren Vorgehens)
- Gesprächsrunde der Verbandsdirektoren neue Länder mit Vertretern der regionalen Gliederungen von Haus & Grund und dem BFW am 17.04.2007 in Dresden
- Begleitung der Überlegungen des BMVBS zur Stärkung der Innenstädte
- Erarbeitung eines Positionspapiers zur Fortführung des Stadtumbaus (Vertreter von Wohnungsunternehmen der neuen Länder; Verbandsdirektoren neue Länder; GdW)
- Jahrespressekonferenz am 02.07.2007

Föderalismusreform II



- Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat haben am 15.12.2006 eine gemeinsame "Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen" eingesetzt.
- Konstituierende Sitzung erfolgte am 08.03.2007
- Vorsitz: Der baden-württembergische Ministerpräsident Günther H. Oettinger und der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck
- Risiken für die Gemeinschaftsprogramme:
 - Städtebauförderung,
 - Stadtumbau Ost/West,
 - Soziale Stadt und
 - Städtebaulicher Denkmalschutz

- Der GdW hat für die Beratung der Mitgliedsunternehmen der Regionalverbände ein im FA Rechtsfragen abgestimmtes Argumentationspapier zu Zweifelsfragen bei Leistungen für Unterkunft und Heizung nach SGB II vorgelegt.
- Inhaltlich wird im Wesentlichen die Auffassung unserer Verbandsorganisation durch neuere Rechtsprechung (u. a. des Bundessozialgerichts) bestätigt, nach der
 - die Angemessenheit der o. a. Kosten immer durch Einzelfallentscheidung und nicht nach pauschalen Kriterien zu beurteilen ist,
 - Pflichtanteile zur Erlangung einer Genossenschaftswohnung ebenso wie Kautionen zu erstatten sind,
 - die Kosten der Schönheitsreparaturen auch bei Auszug zu zahlen sind.
- Politische Diskussion über den Umfang der Wohn- und Heizungskosten muss in den nächsten Monaten aufmerksam verfolgt und begleitet werden.

GdW-Arbeitshilfe 49 zum AGG



- Der GdW hat am 14.02.2007 in Fortschreibung seiner GdW-Arbeitshilfe 49 „Vermietung und Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz“ zur Beratung der Mitgliedsunternehmen durch die Regionalverbände eine mit dem FA Rechtsfragen abgestimmte Arbeitshilfe zur Verfügung gestellt.
- Darin werden im Wesentlichen Empfehlungen für die Praxis gegeben zu:
 - Nach AGG zulässigen Fragen in Mietbewerberfragebögen,
 - Notwendigkeit, Inhalt und Form von Dokumentationen des Auswahlvorgangs bei Mietbewerbern,
 - Nachweisanforderungen bei Inanspruchnahme der Ausnahmenvorschrift des § 19 Abs. 3 AGG (Bewohnerstruktur),
 - Wohnungsvergabe bei Genossenschaften und AGG-Anforderungen

Wohnungseigentumsgesetz (WEG)



- Das Änderungsgesetz zum WEG ist am 16.02.2007 parlamentarisch verabschiedet worden und wird am 01.07.2007 in Kraft treten.
- Über die Änderungen und die Gesetzgebungshistorie hat der GdW mit Rundschreiben vom 20.02.2007 berichtet.
- Die Gesetz werdenden Änderungen entsprechen den – u. a. mit dem FA Wohneigentum abgestimmten – Forderungen des GdW, die er seit der sog. „Zitterbeschlussentscheidung“ des BGH im Jahre 2000 durch diverse Stellungnahmen, auch zusammen mit der BSI, geltend gemacht hat.

- Integrationsgipfel am 14.07.2006
- Schreiben des GdW an die Bundeskanzlerin am 11.07.2006: Angebot zur Mitwirkung – für den Bereich der sozial-räumlichen Integration – an der Erarbeitung und Umsetzung eines nationalen Integrationskonzeptes.
- GdW hat an den Sitzungen der Arbeitsgruppe 5 „Integration vor Ort“ unter Leitung des BMVBS teilgenommen. Auf der letzten Sitzung am 12.03.2007 wurde ein Entwurf des Abschlusspapiers diskutiert.
- GdW hat erreicht, dass das Leitbild der gemischten Belegung im Abschlusspapier verankert und die Bedeutung kommunaler Wohnungsbestände für die Städte und Gemeinden betont wird.
- Kabinett soll am 14.06.2007 den Nationalen Integrationsplan beschließen.

Bericht über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland



- Antrag der CDU/CSU- und SPD-Bundestagsfraktion
- 1. Beratung am 08.03.2007 im Deutschen Bundestag
- Bundesregierung wird aufgefordert, einen Bericht zur Lage und Entwicklung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft vorzulegen.
- Forderungen des GdW in der Plenardebatte am 08.03.2007 mehrfach zitiert.